Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 111. Donnerstag, 14. Mai 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Empfänge bei Hindenburg.

Vertreter der Wehrmacht, der Reichsbahn, der Reichsbank.

)(Berlin. Gestern um 12 Uhr erschienen als **Abordnung der Wehrmacht des Reiches** Reichswehrminister Dr. Geßler mit seinem Adjutanten, der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie von Seeckt, mit seinem Chef des Stabes, Generalmajor Ritter von Haack, der Chef der Marineleitung Admiral von Zenker, mit dem Chef des Stabes, Kapitän zur See Förster.

Minister Dr. Geßler

sprach dem Reichspräsidenten die **Glückwünsche der Wehrmacht** und das **Gelöbnis der treuesten Pflichterfüllung** aus.

Der Reichspräsident

antwortete: Wehmut und Stolz erfüllen mein altes Soldatenherz, wenn ich in Ihnen, meine Herren, die Vertreter der heutigen deutschen Wehrmacht begrüße. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, mit wie großer innerer Anteilnahme ich in den Jahren meiner stillen Zurückgezogenheit die schwere hingebungsvolle Arbeit verfolgt habe, die Sie unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet haben. Mit stolzer Genugtuung dürfen Sie auf Ihr Werk blicken. Die kleine deutsche Wehrmacht steht heute, unberührt von den Kämpfen der Parteien und politischen Meinungen, aufrecht da. Sie wird getragen von dem Gefühl der Verpflichtung gegenüber der großen Tradition unseres alten Volksheeres. Möge Ihnen auch weiterhin gelingen, aus der deutschen Reichswehr ein Instrument ehrlichen Friedenswillens zu machen, das sie allein sein soll. Meiner, Ihres Oberbefehlshabers Unterstützung dürfen Sie bei diesen Bestrebungen stets gewiß sein.

Im Namen der Deutschen Reichsbahngesellschaft

sprachen der stellvertretende Generaldirektor Staatssekretär a. D. **Stieler** und die **Direktoren Vogt** und **Kumbier** ehrerbietigste **Grüße und Glückwünsche für die deutschen Eisenbahner** aus. Staatssekretär Stieler wies auf die schwierige Lage der deutschen Eisenbahnen hin, die einen großen Teil der Lasten des Friedensvertrages zu tragen und somit neben der nationalen auch eine wirtschaftliche Aufgabe zu lösen haben. **Er versicherte, daß jeder deutsche Eisenbahner sich bewußt sei, daß er in Erfüllung seiner Pflicht alle seine Kräfte für das Vaterland einzusetzen habe.**

Der Reichspräsident

erwiderte: Aus Ihren freundlichen Begrüßungsworten habe ich die Bestätigung der besonderen Schwierigkeiten entnehmen müssen, unter denen Sie, meine Herren, und die Deutsche Reichsbahngesellschaft zu arbeiten haben. Sie sollen die doppelte Aufgabe erfüllen, große Erträge zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen herauszuwirtschaften, dabei aber gleichzeitig unsere schwer darniederliegende Wirtschaft zu fördern. Ich will gern glauben, daß die Lösung beider Aufgaben Ihnen manchmal außerordentlich schwer erscheinen mag. Ich vertraue aber, daß es Ihnen doch gelingen wird, trotz aller Schwierigkeiten diesen Forderungen gerecht zu werden. Ich freue mich, von Ihnen zu hören, daß die deutschen Eisenbahner willens sind, alle ihre Kräfte zu diesem Ziele der Wiedererstarkung des Vaterlandes einzusetzen.

Um 12,30 Uhr empfing der Reichspräsident den **Präsidenten der Reichsbank Dr. Schacht** mit den Vizepräsidenten Kaufmann und Geheimrat **Dr. von Grimm.**

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

sprach im Namen der Reichsbank und aller ihrer Beamten und Angestellten dem Reichspräsidenten **herzlichste Glückwünsche** aus und gab zugleich die Versicherung ab, daß die Reichsbank und alle, die ihr dienen, wie früher, auch künftig bestrebt sein werden, **mit allen Kräften der deutschen Wirtschaft und damit dem Vaterlande zu nützen.**

Ihm erwiderte

der Reichspräsident:

Auf Ihnen, meine Herren, ruht eine ganz besondere Verantwortung: die Aufgabe, unser Volk und unsere Wirtschaft vor einem neuen schweren Währungselend zu behüten, unter dem wir vor zwei Jahren fast zusammengebrochen sind. Ich weiß, daß auch Sie bei Ihren Maßnahmen vielfach von Bindungen abhängig sind, die wir nach dem Kriegsausgange auf uns nehmen mußten. Möge es Ihnen trotzdem gelingen, die Reichsbank wieder zu der festen Grundlage unseres Wirtschaftslebens zu machen, die es dem ehrlichen Streben aller in der deutschen Produktion tätigen Stellen möglich macht, unserem schwer ringenden Volke zu neuer Blüte zu verhelfen.

Ueber die neuen Steuergesetze.

vdz. Berlin. Der **Steuerausschuß des Reichstages** setzte am Mittwoch die **grundsätzliche Erörterung der neuen Steuergesetze** fort. Abg. Dr. Hilferding (Soz.) erklärte es für falsch, daß schon 1925 Beträge für die Reparationszahlungen der folgenden Jahre aufgespeichert würden. Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) schlug vor, daß die grundsätzlichen Fragen der Finanzwirtschaft und Steuergesetzgebung zunächst in einem kleinen Kreise durch einen Unterausschuß beraten würden.

Zur Lohnsteuer

gab ein Vertreter der Reichsregierung folgende Ausfallschätzung: **Die Lohnsteuer hat in den letzten Monaten ungefähr 125 Millionen monatlich erbracht. Man kann annehmen,** daß ein Aufkommen von 1500 Millionen Lohnsteuer jährlich eine etwa 8,7prozentige Versteuerung des Lohnes bedeutet. Erhöht man den steuerfreien Lohnbetrag weiter um 5 Mk. monatlich, also auf 780 Mk. jährlich, so würde der gesamte steuerfreie Lohn rund 14 040 000 000 betragen. Dieser Betrag wäre von 30,2 Milliarden Gesamtlohn abzuziehen, so daß als steuerpflichtiger Lohn 16 160 000 000 verbleiben. Davon ein Steuersatz von 8,7 Prozent ergäbe 1405 Millionen, also einen Ausfall von rund 94 Millionen. Je weitere 5 Mk. monatliche Erhöhung würden einen weiteren Ausfall von rund 94 Millionen im Jahre ergeben. Der Ausfall bei 1200 Mk. steuerfreiem Lohnbetrag würde also das Aufkommen an Lohnsteuer um eine volle Hälfte vermindern.

Abg. **Dr. Hertz** (Soz.) betonte als unumstößliche Meinung seiner Parteifreunde, daß, bevor eine Ermäßigung irgendwelcher Besitzsteuern vorgenommen werden dürfe, erst ein **Abbau der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer** erfolgt sein müsse. Der steuerfreie Betrag müsse auf 100 Mk. festgesetzt werden. Grundsätzlich würden seine Parteifreunde nicht mehr dulden, daß die Lohnsteuer wie bisher die stärkste Einnahmequelle der Wirtschaft bilde.

Abg. **Schneider**-Berlin (Dem.) erklärte das Lohnsteuersystem für reformbedürftig, weil es in seiner schematischen Wirkung die kleineren Einkommen weit stärker belaste als die höheren, soweit Verheiratete und besonders kinderreiche Familien in Betracht kämen. Deshalb müßten neben einer erheblichen Erhöhung des steuerfreien Einkommens die bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt werden, am besten durch ein sofort vorzulegendes Notgesetz.

Statssekretär **Dr. Popitz** vom Reichsfinanzministerium erklärte die **Bereitwilligkeit der Regierung zur Ermäßigung der Lohnsteuer** durch Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums. Jedoch müsse diese Milderung in den Grenzen bleiben, daß sie nicht zur unverantwortlichen Schädigung der Steuerwirtschaft führe. Die Reichsregierung könne eine Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums auf 75 Mk. nach ihren sorgfältigen Berechnungen noch für tragbar halten. Das sei vielleicht noch bei den Ländern durchzusetzen. Bei Steuerpflichtigen mit drei Kindern würde sich in diesem Falle die Lohnsteuer bei 1200 Mk. Jahreseinkommen auf 1,8 Prozent ermäßigen und bei 8400 Mk. Jahreseinkommen bis 6,3 Prozent steigen. Einer Abänderung des Systems durch Einführung fester Abzüge bei der Lohnsteuer würde sich die Reichsregierung widersetzen.

Abg. **Dr. Brüning** (Zentr.) bedauerte, daß das steuerfreie Existenzminimum in dem Vorschlag der Reichsregierung das gleiche geblieben sei, trotz der Steigerung der Einnahmen aus der Lohnsteuer. Die Darlegungen des Finanzministers zeigten, daß **das Bild des Reichsetats bei weitem nicht so günstig sei, als man noch vor kurzem annehmen konnte.** Deshalb halte die Zentrumspartei, weil sie die Verantwortung für eine vorsichtige Finanzgebahrung übernehmen wolle, es für unbedingt notwendig, in den Herabsetzungen aller Steuerlasten mit der größten Vorsicht vorzugehen. Die Zentrumspartei schlage vor, das Erträgnis der Lohnsteuer im Beharrungszustand auf 1,2 Milliarden zu begrenzen und die Regierung zu verpflichten, zu einer Herabsetzung der Lohnsteuer, sobald dieser Beharrungssatz erreicht sei. Von diesem Grundprinzip ausgehend, komme die Zentrumspartei an der Hand vorsichtiger Berechnungen zu der Ansicht, daß im Augenblick eine **Heraufsetzung des lohnsteuerfreien Existenzminimums auf 80 Mk. monatlich** ertragen werden könne, unter gleichzeitiger Ausdehnung des Kinderprivilegs. Die Zentrumspartei sei der Ansicht, daß möglichst vom ersten Kinde an bereits für jedes Kind oder unterstützungspflichtiges Familienmitglied je 2 Prozent abgezogen werden müßten. Bei diesem Vorschlag würde sich in den unteren Einkommensstufen bereits beim dritten Kinde Steuerfreiheit ergeben, in allen übrigen Einkommensstufen vom fünften Kinde an. An dem prozentualen Abzug halte das Zentrum fest, weil er sich einmal eingelebt habe, das Ziel der Partei bleibe aber ein monatliches steuerfreies Einkommen von 100 Mark.

Abg. **Hartwig** (Dnat.) wandte sich **gegen den Vorschlag eines Notgesetzes.** Notwendig sei es, das preußische System aus der Friedenszeit und dazu eine Erhöhung des Kinderprivilegs vom ersten Kinde an einzuführen.

Abg. **Meyer**-Baden (Soz.) tritt **für die Einführung fester Abzüge** ein.

Abg. **Dr. Hugo** (DVp.) stimmte den Vorschlägen des Zentrums und der Deutschnationalen auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und hinsichtlich der Kinderabzüge im allgemeinen zu. Das System der Lohnsteuer habe sich bewährt.

Auch **Abg. Nolte** (Wirtschftl. Vgg.) trat für Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und der Kinderabzüge ein.

Angenommen wurde eine **Entschließung** des Abg. Keil (Soz.), worin die Reichsregierung ersucht wird, dem Ausschuß alsbald Vorschläge darüber zu machen, wie der steuerfreie Einkommensteil bei den Lohnsteuerpflichtigen, die nicht dauernd vollbeschäftigt sind, zur vollen Anrechnung gebracht werden kann.

Heute Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Gegen eine landwirtschaftliche Sondersteuer.

)(Berlin, 12. Mai. Der Bundesvorstand des **Reichslandbundes** hat folgende **Entschließung** gefaßt:

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes spricht sich gegen jede Absicht, die Belastung der Landwirtschaft weiter zu erhöhen, aus. Er lehnt insbesondere auch jede einmalige Steuer, auch wenn sie ratenweise auf mehrere Jahre verteilt wird, sowie jede Erweiterung der Zahl der Steuergesetze grundsätzlich ab. Die jetzige und die in den dem Reichstag zurzeit vorliegenden Gesetzentwürfen geplante Steuerbelastung der Landwirtschaft geht schon über die Grenze des Erträglichen hinaus und macht jede **Steigerung der Produktion unmöglich.** Abbau, nicht Aufbau der Steuerbelastung muß das Ziel jeder Regierung sein, die sich der Verantwortung gegenüber der Sicherstellung der Volksernährung aus heimischer Scholle bewußt ist.

Neue Steuergesetze, wie z. B. eine Vermögenserhaltungssteuer, Geldentwertungssteuer für die Landwirtschaft oder eine ähnliche Beteiligung des Staates an privatrechtlichen Belastungen u. a. verhindern die Beruhigung der Wirtschaft und der Gesetzgebung.

Werden Mittel für dringend neue Aufgaben benötigt, so darf ihre Bereitstellung **nur durch Einsparung** an anderen Stellen, die auch durchaus möglich ist, erfolgen.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes erwartet von der Reichsregierung und allen Parteien, die ernsthafte und verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik treiben, daß sie sich bei der jetzt zur Beratung stehenden Neuordnung der Steuergesetzgebung für die von der Wirtschaft dringend benötigte **Entlastung und Vereinfachung einsetzen.**

Briands Antwort auf das deutsche Sicherheitsangebot.

Paris. (Funkspruch.) Ueber den **Inhalt der Note,** die Briand ausgearbeitet hat, um auf die deutschen Vorschläge eines Sicherheitspaktes zu antworten, berichtet Petit Parisien, die französische Note setze in klarster Weise den französischen Standpunkt über die Möglichkeit eines regionalen Sicherheitspaktes auseinander, an dem Deutschland teilnehmen werde, ohne den Gedanken eines Garantiepaktes für den Rhein abzulehnen, verliere sie jedoch nicht die Nachteile aus den Augen, die für die französischen Alliierten im Osten daraus entstehen könnten, daß Frankreich im Westen gebunden sei. Die französische Note betont ganz besonders die Tatsache, daß ein Pakt dieser Art notwendigerweise in den Rahmen des Versailler Vertrages eingegliedert werden müsse. Der Entwurf des Sicherheitspaktes könne nur als eine Art Ersatzgarantie in Frage kommen, die sich den schon durch den Vertrag gegebenen Garantien angliedere und es dem Völkerbund im Falle eines Konfliktes gestatte, sein moralisches Gewicht in die Wagschale zu werfen. Es versteht sich von selbst, daß kein Pakt mit Deutschland abgeschlossen werde, wenn es nicht in den Völkerbund unter den normalen Bedingungen, die von den Mitgliedern dieses Organismus gefordert werden, eintrete.

Prüfung der französischen Note in London.

London. (Funkspruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, der Entwurf der französischen Note über die deutsche Entwaffnung sei gestern von dem britischen Kriegsamt und dem Foreign Office geprüft worden. Die Ansichten darüber, ob der Botschafterrat morgen schon von neuem zusammentreten und einen wesentlichen Fortschritt melden werde, gingen auseinander. In manchen Punkten stimmten der britische und der französische Entwurf nicht durchaus überein. Der Pariser Berichterstatter des Daily Telegraph meldet, er habe Grund zu der Annahme, daß die französische Regierung eifrig darauf bedacht sei, keine ernstlichen Meinungsverschiedenheiten mit der britischen Regierung in der Frage der an Deutschland zu richtenden Entwaffnungsforderungen bestehen zu lassen.

Die Räumung Kölns in diesem Jahre unwahrscheinlich!

Paris. Der Matin bringt in einer zweiten Morgenausgabe einen aufsehenerregenden Artikel Sauerweins über die Notenentwürfe der französischen Regierung. Er schreibt, Frankreich und England seien sich einig geworden, in der Kontrollnote die minder wichtigen Verfehlungen Deutschlands beiseite zu lassen, um umso größeres Gewicht auf die ausschlaggebenden Verstöße zu legen. **Da Deutschland längere Zeit braucht, um alle diese Verstöße abzustellen, sei es unwahrscheinlich, daß Köln noch in diesem Jahre geräumt werden könne;** es sei denn, daß die Reichsregierung einen „ganz außergewöhnlich guten Willen" an den Tag lege.

Einschreiten der Justizverwaltung im Falle Höfle.

Mehreren Berliner Blättern zufolge begab sich gestern eine **Deputation der Zentrumspartei** unter Führung des Landtagsabgeordneten Dietrich-Halle zum preußischen Justizminister am Zehnhoff, um auf Grund der eidlichen Zeugenvernehmung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß über den Fall Höfle **Beschwerde über die Fehlgriffe einzelner Justizbeamten** zu führen. Justizminister am Zehnhoff soll der Deputation mitgeteilt haben, daß außer der Beurlaubung des Gefängnisarztes Dr. Thiele die Justizverwaltung beschlossen habe, auch gegen die Staatsanwälte, die in dem Verfahren gegen Dr. Höfle tätig waren, geeignete Schritte zu unternehmen. In parlamentarischen Kreisen hält man es, wie diese Blätter melden, für nicht ausgeschlossen, daß auch gegen den Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Rothmann vorgegangen wird und zwar sowohl auf dem Wege des Disziplinar-, wie auch des Strafverfahrens.

SLUB
Wir führen Wissen.